# News Archiv November 2016

2016-11-05 13:08

## Beamten-Gehaltsverhandlungen starten am 15. November

Nach den Metallern und den Handelsangestellten steigt der öffentliche Dienst als dritte große Berufsgruppe in den Ring: Am 15. November starten die Beamten-Gehaltsverhandlungen. Erstmals wird die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) nach dem Rückzug von Fritz Neugebauer vom neuen Vorsitzenden Norbert Schnedl angeführt.

In ihrem Brief mit der Bitte um Aufnahme der Verhandlungen hatten die GÖD und die younion _ Die Daseinsgewerkschaft noch ohne eine konkrete Zahl zu nennen angekündigt, sie wollen heuer auch die besonderen Belastungen durch die Flüchtlingskrise abgegolten haben. Traditionell wird gefordert, „eine nachhaltige Werterhaltung und -entwicklung sicherzustellen und die Kaufkraft dauerhaft zu stärken“. Basis dafür sollen wie immer die Inflationsrate (Oktober 2015 bis einschließlich September 2016) und das Wirtschaftswachstum für das Jahr 2016 sein.

### 1,68 Prozent mehr für Metaller

Schnedl hatte bereits unmittelbar nach seiner Wahl „einen ordentlichen Gehaltsabschluss für die ordentlichen Leistungen der öffentlich Bediensteten“ gefordert. Auf die Frage, ob sich die Beamten an den Metaller orientieren werden, hatte Schnedl erklärt, die GÖD und die younion haben dafür ihre eigenen Parameter. Die Metaller hatten zunächst drei Prozent gefordert und nun mit durchschnittlich 1,68 Prozent abgeschlossen.

Für heuer hatten die Beamten eine Gehaltserhöhung um 1,3 Prozent bekommen. Die Einigung war im Herbst des Vorjahres ungewöhnlich rasch schon in der dritten Verhandlungsrunde erzielt worden.

Read more … Beamten-Gehaltsverhandlungen starten am 15. November

2016-11-02 20:49

## Gewerbereform: Koalition einigt sich auf Minireform

## Entwurf soll bald in Begutachtung

Die SPÖ-ÖVP-Koalition hat sich doch noch auf eine Novelle der Gewerbeordnung geeinigt. Die groß angekündigte Reform blieb aber aus. Laut Bundesregierung wird vieles einfacher und günstiger. Kanzler Christian Kern (SPÖ) und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) verteidigten am Mittwoch die Änderungen. Verhandelt wurde bis kurz vor der Regierungssitzung.

Deshalb soll der Entwurf erst Ende dieser Woche in Begutachtung geschickt werden, da die Ergebnisse noch formal eingearbeitet werden müssen. In dieser Zeit soll noch weiterverhandelt werden. Sozialminister Alois Stöger (SPÖ), der an der Reform mitarbeitete, sagte nach der Regierungssitzung, dass es zwischen SPÖ und ÖVP noch unterschiedliche Positionen gebe. In der Kabinettssitzung sei die Gewerbeordnung nur „informell“ ein Thema gewesen.

## „Druck auf Wirtschaftskammer“

Der dann überraschend von Kern und Mitterlehner doch noch präsentierte Kompromiss entspricht in etwa den schon in den letzten Tagen öffentlich kolportierten Vorschlägen des Wirtschaftsministeriums. Kern bezeichnete den Begutachtungsentwurf als Diskussionsgrundlage. Die Liste der 80 reglementierten Gewerbe will er „nochmals gemeinsam durchgehen“. Er hält 16 davon für gänzlich deregulierbar, bei zwölf weiteren Gewerben kann er sich einen leichteren Zugang vorstellen.

Eine der am Mittwoch vorgestellten Änderungen betrifft die Nebenrechte, die ausgeweitet werden - auf 30 Prozent bei den freien Gewerben und auf 15 Prozent bei den reglementierten. Mitterlehner sagte, mit dieser Ausdehnung der Nebenrechte erhöhe man auch den Druck auf die Wirtschaftskammer für Reformen, da insgesamt mit weniger Anmeldungen und damit mit weniger Kammerumlagen zu rechnen sei.

## Anmeldegebühr fällt weg

Die Anmeldegebühr von 70 Euro pro Gewerbe, die gegenüber dem Staat zu entrichten ist, fällt künftig weg. Die Grundumlage und das Senken der Beiträge hingegen seien Angelegenheit der Wirtschaftskammer, so Mitterlehner. Ein Einfluss wäre hier nur mit Verfassungsmehrheit zu erreichen. Die Mitgliedschaft in den WKÖ-Fachgruppen verteidigte Mitterlehner. Diese Deklaration sei wichtig für die Lehrlingsausbildung und die Zuordnung zu Kollektivverträgen. „Wir stellen damit das System nicht komplett auf den Kopf“, sagte Mitterlehner.

## Doch kein einheitlicher Gewerbeschein

Im Juli hatte Mitterlehner noch gesagt, dass ein einziger Gewerbeschein die Ausübung aller 440 freien Gewerbe ermöglichen soll. Dass das so nun doch nicht kommt, rechtfertigte Mitterlehner eben mit der nötigen Deklaration. Es könnten künftig aber mehrere oder alle Gewerbe auf einmal gratis angemeldet werden, und auch die erweiterten Nebenrechte würden dem Prinzip eines einziges Gewerbescheins für alle freien Gewerbe entgegenkommen.

## Gewerkschaftssorgen für Kern „lösbar“

Die Sorge der Gewerkschaft in Bezug auf Lehrlingsausbildung und Kollektivverträge ist aus Kerns Sicht unbegründet. „Das lässt sich gut lösen“, so Kern. Dass auch die Gewerkschaft bei der Reform der

Gewerbeordnung gebremst habe, sei ein „absoluter Mythos“. Es gebe aber unterschiedliche Standpunkte. „Es gibt eine SPÖ-Position und es gibt eine Gewerkschaftsposition. Man wird sich daran gewöhnen müssen“, sagte Kern. Mitterlehner sagte, Interessenvertretungen seien „intensiv einzubeziehen“.

Von der ebenfalls vereinbarten Vereinfachung des Betriebsanlagenrechts ist laut Mitterlehner jeder zweite Unternehmer positiv betroffen. Da hier auch Länderkompetenzen tangiert würden, sei bei Teilen davon eine Verfassungsmehrheit nötig.

## Kern: Kein Koalitionsstreit

Einen Koalitionsstreit wegen der Gewerbeordnung stellte Kern in Abrede. Er wehrte sich dagegen, einen „Showdown“ zu konstruieren. Man werde sich daran gewöhnen müssen, dass unterschiedliche Standpunkte nicht zu einem Ende der Koalition führen. Kern versicherte, dass auch die Reform der Sozialversicherung nicht vergessen sei, man werde sich dem Thema im ersten Halbjahr 2017 widmen.

Read more … Gewerbereform: Koalition einigt sich auf Minireform

2016-11-02 10:46

# AK zu Arbeitsmarktdaten: Mehr Chancen für die Jungen

Es gibt keine Gruppe auf dem Arbeitsmarkt, die nicht von steigender Arbeitslosigkeit betroffen ist, so auch die Jugendlichen und die Gruppe der jungen Erwachsenen. Am schwierigsten ist die Situation für jene, die keinen Berufsabschluss vorweisen können. Sie haben die schlechtesten Karten und die geringsten Chancen, auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig Fuß fassen zu können.

Mit der Ausbildungspflicht bis 18 und der kürzlich beschlossenen Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre wurden arbeitsmarktpolitisch die richtigen Weichen gestellt. Jetzt, fordert die AK, müssen sich auch die Bildungs- und Wirtschaftspolitik verstärkt in diese Prozesse einklinken. In der Schule müssen flächendeckende Programme zum Einsatz kommen, die Jugendliche dabei unterstützen, ihren Bildungsweg nicht abzubrechen. Gleiches gilt für die Lehre, hier braucht es in der betrieblichen Ausbildung ein Qualitätssicherungssystem, damit mehr Jugendliche die duale Ausbildung erfolgreich abschließen. Auch das Jugendcoaching, das die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in die weiteren Ausbildungsmöglichkeiten unterstützt, muss so ausgebaut werden, dass es in jeder Schule zur Verfügung steht. Es muss sichergestellt werden, dass die Jugendlichen, die das brauchen, bis zum Abschluss einer Ausbildung auch begleitet werden.

Als notwendige Innovation fordert die AK die Etablierung einer zweiten Ausbildungschance in Form eines Qualifizierungsgeldes. Dabei sollen die bisherigen Leistungen Weiterbildungsgeld, Bildungsteilzeit und Fachkräftestipendium zu einem existenzsichernden Qualifizierungsgeld weiterentwickelt werden. Das Qualifizierungsgeld soll jenen eine zweite Chance bieten, die weitere Ausbildungsschritte brauchen, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Als existenzielle Absicherung während der Ausbildung soll ein Rechtsanspruch auf das Qualifizierungsgeld in Höhe zumindest der Mindestsicherung zustehen. Voraussetzung dafür ist, dass diese ArbeitnehmerInnen bereits mehrere Jahre erwerbstätig waren. Möglich sollen jedenfalls alle Ausbildungen sein, die zu einem anerkannten Abschluss führen oder als Modul dazu dienen.

Read more … AK zu Arbeitsmarktdaten: Mehr Chancen für die Jungen

2016-11-01 09:17

## SPÖ-Klubtagung im Zeichen der IT-Wirtschaft

Die SPÖ will weiter bei Wirtschaftsthemen an Boden gewinnen. Die Herbstklausur des SPÖ-Parlamentsklubs widmet sich kommende Woche im Wiener MuseumsQuartier ganz der Digitalisierung und den Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich.

Konkret will der Parlamentsklub beraten, wie sich die fortschreitende Digitalisierung auf die Menschen auswirkt und wie man verhindert, dass nur eine kleine Elite von den Entwicklungen profitiert. Gemeinsam mit Experten, Unternehmern und Gewerkschaftern sollen die politischen Rahmenbedingungen, die es für einen erfolgreichen Industrie- und Wirtschaftsstandort braucht, definiert werden.

Als Referent hat sich Bundeskanzler und Parteichef Christian Kern selbst angekündigt. Dazu werden neben Klubchef Andreas Schieder auch die Minister Sonja Hammerschmid, Thomas Drozda, Alois Stöger und Jörg Leichtfried sowie Staatssekretärin Muna Duzdar das Wort ergreifen. Von außen Impulse kommen von Vertretern von ÖGB und Arbeiterkammer sowie von Katharina Klausberger, Geschäftsführerin der Onlinemarktplatz-Plattform shpock.

Read more … SPÖ-Klubtagung im Zeichen der IT-Wirtschaft